

Verlag von  
in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle  
Buchhandlungen und Buch-  
bindereien des In- und  
Auslandes an.  
Abol-Expeditionen für die  
Socialisten Staaten:  
F. A. Sorge,  
101 Hoboken, N. J.,  
A. E. Hunsicker,  
28 S. Market str. corn.  
Chicago, Ill.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Für Preußen incl. Stempel-  
steuer 21 Sgr., für die übrigen  
deutschen Staaten 16 Sgr.  
pro Quartal.  
Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Buchhandlungen auf den 2. u.  
3. Monat u. auf den 3. Mo-  
nat besonders angenommen,  
im Sgr. Sachse u. Preuß.  
Sachl.-Abonn. auch auf  
den 1. Monat 1 Sgr., Sgr.  
angewandt.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 104

Mittwoch, 29. Oktober.

1873.

## Die Prostitution und die „Volkszeitung“.

Die Prostitution ist eine von den vielen Nachseiten der heutigen Gesellschaft, die erst mit der heutigen Gesellschaft selbst verschwinden werden. Philantropisches Klagen und Jammern und Moralpredigen ändern eben so wenig an diesem Uebel, wie politische Unterdrückungsmittel. So lange noch Zustände existieren, in denen Tausende von Frauen der Existenzmittel gänzlich beraubt sind oder um lässlichen Lohn ausgebeutet werden, so lange das herrschende Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem Tausenden von Männern ein geordnetes Familienleben zu begründen unmöglich macht, werden Frauen aus der Hingabe ihres Leibes eine Quelle des Lebensunterhaltes machen müssen. Es kommt hinzu, daß die herrschenden Klassen zum guten Theil die geschlechtliche Ausnutzung der Frauen und Töchter des Volkes gerade so sehr für eine ihrer geheiligsten Privilegien ansehen, wie die physische Ausbeutung am Webstuhl oder der Spinnmaschine.

Mit dem zunehmenden ökonomischen Druck müssen naturgemäß auch alle aus den gesellschaftlichen Zuständen erwachsenden Uebel sich vergrößern. Der Glanz, die Verschwendungssucht und die Corruption, welche wir bei unseren „besitzenden und gebildeten Klassen“ finden, wirken mit der Kraft des bösen Beispiels auf die unteren Klassen. Nichtsthum und schwelgerische Genußsucht, welche die „höheren“ Klassen als Lebenszweck ansehen, stacheln den Trieb zur Nachahmung in den „unteren“ auf, und verbreitet überall Zerlegung und Fäulnis.

Diese gesellschaftliche Verderbnis, zu welcher die oberen Schichten erst die Veranlassung und das Beispiel gegeben, wird nicht desto weniger von diesen zum Gegenstand ihrer philantropischen Quacksalbereien und sittlich entrüsteten Strafpredigten gemacht. Mit heuchlerischem Augenverdrehen klagt man über die in der Arbeiterklasse zunehmende Unsitlichkeit und legt mit echt jesuitischer Faltschheit dieser zur Last, was man selbst durch das System, das man unterstützt und das Beispiel, das man giebt, hervorgerufen hat.

Unter die Kategorien dieser echt jesuitischen Anschuldigungen gehört ein Artikel der tugendhaften Berliner „Volkszeitung“, eines Blattes, das allezeit bereit ist das Füllhorn seiner Beschimpfungen auf die Arbeiterklasse auszuschütten, wo sich nur die Gelegenheit findet.

In seiner Nummer vom 10. Oktbr. bringt das Organ des Katheder-socialismus, des Herrn Franz Dunder und der preussischen Fortschrittspartei „Klagen über die zunehmende Unsitlichkeit“ in Berlin, in welchen es behauptet, daß es besonders die Arbeiter seien, welche mit ihrem schwer verdienten Gelde die Prostitution unterstützen, wie namentlich die großen Einnahmen der „Priesterinnen der Liebe“ an Sonnabenden und Sonntagen bewiesen.

Das edle Blatt behauptet, daß die 15,000 Prostituirten, welche Berlin beherbergt, täglich pro Kopf eine Einnahme von 2 $\frac{1}{2}$  bis 3 Thlr. machen könnten und diese Summe, die jährlich sich auf ungefähr 20 Millionen Thlr. beläuft, in überwiegender Weise von der arbeitenden Klasse aufgebracht werde.

Eine solche ins Blaue hinein gemachte Behauptung ist einfach eine Unverschämtheit und eine Beleidigung der gesamten Arbeiterklasse. Wir wollen gar nicht einmal reden von den ganz unzweifelhaft übertriebenen hohen Summen, welche die „Volkszeitung“ die Prostitution auf Kosten der Arbeiter vertilgen läßt. Es ist Thatsache, daß die große Mehrzahl der Prostituirten, durch die bittere Noth zu ihrem elenden Broderwerb getrieben, selbst dabei nur ihr kümmerlichstes Auskommen findet. Die Besitzer der Promisur-Häuser (Vordellwirthe) sind ja selbst die unverschämtesten Ausbeuter. Die Zahl der Prostituirten ist namentlich in Berlin so groß, daß deren Preis nach dem der „Volkszeitung“ sehr gelassener Gesetz von Angebot und Nachfrage gedrückt sein muß. Der Verkauf weiblicher Reize ist ja in unserer famosen Gesellschaft eben so gut, ja noch besser ein „Geschäft“, wie beispielsweise der Verkauf des Herrn Franz Dunder oder die vertummelnden Bandwurmartikel des Herrn Bernstein.

Aber ganz abgesehen hiervon bestreiten wir auf Grund unserer genaueren Kenntniss des Arbeitercharakteres und der Arbeiterverhältnisse, daß auch nur ein irgend erheblicher Theil der Arbeiterklasse die öffentlichen Häuser frequentirt. Wir wollen damit keineswegs gesagt haben, daß die Arbeiter Tugendhelden sind und aus christlicher Abstinenz (Enthaltsamkeit) das natürliche Bedürfnis geschlechtlicher Befriedigung unterdrücken. Aber die Arbeiterklasse ist von allen Schichten der Gesellschaft diejenige, welche am meisten den Geschlechtstrieb in sittlicher Weise zu befriedigen sucht und zwar durch Eingehung dauernder Verbindung mit dem andern Geschlecht. Gerade die Freunde der „Volkszeitung“ sind es, welche dem Arbeiter aus dieser seiner übergroßen moralischen Gesinnung einen Vorwurf machen, ihm die Enthaltung von der Ehe und der Erzeugung von Kindern als ein Mittel zur Lösung der sozialen Frage anempfehlen und ihn also, da die Befriedigung des Geschlechtstriebes in den Jahren nach erlangter Reife eben so notwendig ist für die Gesundheit des Körpers und die Frische des Geistes wie ordentliches Essen und Trinken, frische Luft und Bewegung und Körperübungen, auf unnatürliche Wege drängen, und zur Benutzung der Prostitution oder zur Selbstbefleckung zwingen.

Im Gegensatz zur Arbeiterklasse sind es die besser situirten Klassen, bei denen die Geschlechts- und die Kindererzeugung mehr ein Mittel kalter Berechnung und egoistischer Absichten, als eine durch gegenseitige Neigung und menschliche Hingabe vollzogene Handlung ist. Da aber das müßiggängerische und lippige Leben dieser Klassen in weit höherem Grade die geschlechtlichen Triebe anregt, und sie es gerade, welche die Hauptstützen der Prostitution abgeben. Die „Volkszeitung“ wird z. B. junge Kaufleute, Comptoiristen, Studenten und dergleichen sicher nicht zu den Arbeitern rechnen

und doch sind es diese vorzugsweise, bei denen der Vordellbesuch oder das Halten von Concubinen zur Standesgewohnheit gehört.

Mag es immerhin sein, daß die starke Frequenz der öffentlichen Häuser an Sonnabenden und Sonntagen, die der „Volkszeitung“ ein Hauptmotiv für ihre gemeine Beschuldigung bieten muß, von der Arbeiterklasse herrührt; aber wie geringfügig sind jene paar tausend Besucher, gegen die hunderttausende, die ihnen fern bleiben? Und wie viele sind unter jenen Besuchern nicht Neugierige, die nur dem Antriebe folgen, sich von dem Treiben in jenen Häusern zu überzeugen? Und was will endlich jener auf zwei Abende in der Woche concentrirte Besuch von einem Theil der weitläufigen Bevölkerungsschicht sagen, wenn sieben Abende in der Woche den übrigen an Zahl bedeutend geringeren Klassen zu Gebote stehen?

Der Arbeiter hat nicht die Mittel und ist auch meist zu ehrlich dazu, um ein Mädchen zu benutzen und sie als ausgepreßte Citrone bei Seite zu werfen, aber diese Handlungsweise ist Regel in den obenbezeichneten Ständen. Der verheiratete Arbeiter wird mit ganz verschwindenden Ausnahmen den Besuch der Vordelle vermeiden, dagegen ist es der nach Geld und Rang verheiratete Bourgeois, der vorzugsweise die Befriedigung geschlechtlicher Triebe außerhalb des Hauses aussucht.

Wer Gelegenheit gehabt, im vertraulichen Kreise unserer Bourgeois zu verkehren, weiß, daß meist neben dem „Geschäft“ den Hauptgegenstand der Unterhaltung Weiber und geschlechtliche Ausschweifungen bilden. Und wer etwas näher in diesen Kreisen bekannt, weiß, daß eine große Zahl derselben neben ihren legitimen Frauen sich ihre Maitresses halten und „noble“ öffentliche Häuser besuchen.

Nirgends wird die „Heiligkeit“ der Ehe, die angeblich wir Sozialdemokraten zerstören wollen, mehr mit Füßen getreten wie von unsern „Besitzenden und Gebildeten“; nirgends werden geschlechtliche Ausschweifungen schlimmer Art mehr begangen wie von unsern „Besitzenden und Gebildeten“. Polizei und Staatsanwälte, die so eifrig die Sozialdemokratie bewachen, weil sie für Verbesserung der Zustände und der Sitten kämpft, würden ein dankbareres und ergiebigeres Feld ihrer Thätigkeit finden, wenn sie den geheimen Privatvergnügungen unserer Bourgeois nachsträfen. Mancher, der heute den Kopf gar hoch einhetzt, als Vertreter der Regierung, Vater der Stadt oder Besitzer großer Reichthümer und Vorstand philantropischer Stiftungen geehrt und gepriesen wird, müßte mit Schimpf und Schande in's Gefängnis oder Zuchthaus wandern und die Zahl der geschiedenen Bourgeois-Frauen würde zahlreich werden wie der Sand am Meere.

Bezweifelt die tugendhafte „Volkszeitung“ unsere Angaben, so können wir ihr mit interessanten Beispielen aufwarten. Wir kennen zum Beispiel den Besitzer einer sehr „liberalen“ und „arbeitsfreundlichen“ Zeitung in der Hauptstadt der Intelligenz, der es nicht verschmähte trotz seiner legitimen Ehefrau in den Armen einer interessanten Wittwe der Liebe zu pflegen. Auch könnten wir Namen nennen, die im Reichstag und in der politischen Welt als „liberale“ und hoch angesehene Politiker ihre Rolle spielen und trotz ihres christlich angetrauten Ehegesepons, dem heidnischen Geübel der Vielweiberei und Haremwirtschaft Freund sind.

Wie die Exème (Auslese) der Leipziger Bourgeoisie, und zwar alte und junge H... , sich in einem Verein zusammengefunden, den sie blasphemisch den „Tugendbund“ nennt und in dem sie das Berufungsgeschäft bei Frauen und Mädchen prinzipiell und en gros betreibt, haben wir schon früher einmal angeführt. Wir könnten auch erzählen, wie Beamte zu Gunst und Avancement durch ihre Vorgesetzten kamen, weil sie gefällige Frauen besaßen; wie Väter der Stadt die ihnen übertragene Aufsicht über öffentliche Häuser benutzten, um Gunstbezeugungen ihrer Insassinnen zu erobern und wie fremde Geschäfte und Fabriken, wo ein hübsches Mädchen- und Frauentheater vor den entehrenden Anträgen der Herren Prinzipale keinen Tag sicher ist.

Zum Ueberflus zeigt ein Blick in den Annoncenraum unserer tugendhaften „liberalen“ Zeitungen, wie sie unter dem Strich die Moral praktisch handhaben, die sie über dem Strich theoretisch lehren. Kurz die Sittlichkeit unserer Bourgeoisie ist ein großer sinkender Pfuhl von geschlechtlichen Verirrungen und Verbrechen; die Arbeiterklasse, im Vergleich zu ihr, ein Muster von Moralität.

Darum hübsch sagte, liebe „Volkszeitung“, mit den Verleumdungen; eine goldene Regel sagt: „wer in einem Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!“

\*) An derselben „liberalen“ und „arbeitsfreundlichen“ Zeitung wirkt seit ihrer Gründung als „berühmter“ und (von allen Freunden der deutschen Sprache) gefürchteter Leitartikelschreiber ein sittenstrenger, die verderbten Sozialdemokraten (die er mit hartnäckiger Tugend nur „Sozialdemagogen“ nennt) gewerdmäßig verleumdender Mann, dem vor nicht langer Zeit bei Gelegenheit einer schweren Erkrankung das Malheur passierte, daß sich 6 (oder gar 7) außerhalb des Redaktionslokals und der öffentlichen Wohnung verfasste — Leitartikel von verschiedenen Größen in der edelichen Wohnung präsentierten; was für den Leitartikelschreiber weniger überraschend als unangenehm war. Anmerkung des Seyers, der von fraglicher Zeitung noch manch Stücken zu erzählen weiß.

## Öffentliche Meinung.

Die öffentliche Meinung ist eine öffentliche Dirne — wer wollte es noch bezweifeln, nach dem Schauspiel, welches uns die deklassirte „Kaiserstadt“ an der Donau in diesen Tagen dargeboten hat? „Frenetischer Jubel“ empfing den Fürsten Bismarck“, schreibt ein Zeitungskorrespondent, der unzweifelhaft lieber das Gegentheil ge-

schrieben hätte, also sicherlich nicht im Verdacht der Uebertreibung stehen kann.

Wer ergeht sich in diesem „frenetischen Jubel“? Und wer ist der Gegenstand dieses „frenetischen Jubels“? Bergegenwärtigen wir uns die gegenseitige Stellung. Es sind die Besiegten, die sich dem Sieger zu Füßen legen. Die Besiegten, deren Wohnungen vor kaum 7 Jahren in Gefahr waren auf Befehl jenes Mannes in Brand geschossen zu werden; die Besiegten, deren Brüder, Söhne und Väter auf Veranlassung jenes Mannes getödtet, verstimmt worden sind; die Besiegten, deren Staat durch jenen Mann von seinem natürlichen Ankergrund, Deutschland, losgerissen und steuerlos auf die hohe See geworfen worden ist, wo das leide Schiff ohne Aussicht auf Rettung herumtreibt, ein Spielball der Winde.

Und nicht allein Besiegte sind es, die vor dem Sieger bewundernd im Staub liegen. Wohl kann der Niederlage vergessen, wer in ehrlichem, offenen Kampf überwunden ward. Wie zwei Gegner, die irgend einen Streit auf der Mensur offen und ehrlich ausgefochten, einander rückhaltlos die Hand reichen können, so zwei Völker, nachdem das von beiden angetrübete Kriegsglück ohne Tücke und Hinterlist auf Seiten des Gewinnenden, entschieden hat. Aber so war es nicht hier.

Nicht bloß Besiegte sind es, welche die Schleppe des Siegers lassen; nein — Verrathene, die dem Ueberlister um den Hals fallen. Es ist ein umgekehrter Judaskuß, den Wien dem Urheber des 1866er „Bruderkriegs“ auf die Wange drückt. Nicht in offenem ehrlichen Kampf wurde Oesterreich zu Boden geschmettert. Es war besiegte, ehe es das Schwert zog. Von Ränken umgarnet, von einem Rey der Lüge und des Verraths umspinnen, ward es ein leichtes Opfer des Feindes, der ihm die Schlinge um den Hals warf. Und dieser Feind — es ist der Mann, welchen es jetzt mit „frenetischem Jubel“ begrüßt hat.

Und erst eben war das ganze, ohne Seitenstück dastehende Intriguenpiel, das selbst „wälscher Tücke“ Gewissenstrüpfel verursacht hatte, in all seinen Fäden enthüllt worden.

Und doch dieser Empfang!

Wie war es möglich?

Wie? Je nun, auf diese sehr einfache Weise. Es hat bloß beidemäßig viel Geld gekostet. Nicht als ob wir an bezahlte Hurraschreier hier dächten, die freilich auch nicht gefehlt haben dürften. Die Millionen, deren Saat in diesem Empfang so glorreich aufgegangen ist, sind durch das Pump-, Schleusen- und Röhrenwerk des preussischen Preßbureaus und des dazu gehörigen Reptilienfonds gegangen. Es ist Thatsache, daß ein Theil der österreichischen, besonders Wiener Presse schon vor 1870, fast die gesammte österreichische Presse seit 1870 im Bismarck'schen Interesse geschrieben hat. Voran die beiden „Pressen“, von denen die eine vor Kurzem in höchst unhöflicher, aber nicht minder unwahrhaftiger Weise es abgelehnet hat, daß sie direkt auf Rechnung der preussischen Regierung gekauft worden sei. Ob direkt, oder indirekt verkauft, die österreichische Presse hat ihre Schuldigkeit Bismarck gegenüber gethan; sie kann stolz auf ihre Leistungen sein, und Bismarck auf seine „Sanftirten“. Sie haben sich „verdient gemacht“ ums Vaterland der Wagener, Quistorp, Stieber, Bismarck.

Kein Zweifel, das „Volk“, welches den „frenetischen Jubel“ verübt, war zum Theil höherer Pöbel, der absolut keine Gesinnung hat, und zum Theil Bourgeoisie, welche aufrichtig für den Mann des siegreichen Ordnungszubels schwärmt, heiße er Bonaparte oder Bismarck. Für diese bedurfte es nicht der Corruption durch die Presse. Es waren aber auch — in dieser Beziehung dürfen wir uns keiner Selbsttäuschung hingeben — zum großen Theil Männer aus dem arbeitenden Volk, schlichte Handwerker und eigentliche Arbeiter, welche bei dieser traurigen Orgie der Niedertracht mitspielten. Es ist ja leider wahr, die große Mehrzahl der Arbeiter sind noch, weil sie die Zeitungen der Bourgeoisie lesen, geistig von ihr geknechtet. Diese geistige Knechtung ist schlimmer als die politische und ökonomische; weil sie die Thätigkeit lähmt, den Willen, für die Anbahnung besserer Zustände zu wirken, nicht auskommen läßt. Das Proletariat, das Volk überhaupt von den Banden der Presse, welche die Erhaltung der heutigen Klassenherrschaft im Interesse der herrschenden Klassen erstrebt, zu befreien, das muß darum eine Hauptaufgabe für uns sein, die wir nie aus den Augen verlieren dürfen. Die jüngsten Vorgänge in Wien haben uns den Einfluß der Presse gezeigt, gezeigt, wie sie ein Volk zu der widernatürlichsten freiwilligen Infamie herabwürdigen kann. Lernen wir an diesem abschreckenden Exempel, wie notwendig es für die Sozialdemokratie ist, den Einfluß der feindlichen Reaktionspresse durch die Arbeiterpresse zu verdrängen. Jedem Arbeiter muß es klar werden, daß der Arbeiter, der seine geistige Nahrung aus einer Bourgeoiszeitung zieht, ein Verräther ist an seiner Klasse.

Ohne die geistige Emanzipation des Proletariats keine politische und ökonomische Emanzipation. Das mächtigste Mittel der geistigen Emanzipation ist aber die Arbeiterpresse. Durch die Bourgeoispresse geknechtet, muß das Proletariat durch die Arbeiterpresse befreit werden. Verdrängung der Bourgeoispresse, Ersetzung derselben durch die Arbeiterpresse — ist unerläßliche Vorbedingung des Sieges der Sozialdemokratie!

## Politische Uebersicht.

— Die Untersuchungshaft, welche heutzutage florirt, ist ein Schandstük auf unserer sogenannten Kultur. Sie ist die Weibe-

haltung der Folter in ihrem schlimmsten Wesen. Und diese Folter steht vollkommen im Belieben des Untersuchungsrichters, während die ehemalige Folter nur unter Beobachtung streng vorgeschriebener Formen appliziert werden konnte. Vor einigen Tagen lasen wir, wie in Rudolstadt ein Mann 6 Monate als des Mordes verdächtig in Untersuchungshaft gehalten und schließlich, nachdem sein Lebensglied zerstört, seine Frau in den Tod gejagt worden war, freigesprochen wurde, weil die Anklage absolut jeder Begründung entbehrte. Heut lesen wir in der Berliner „Volkzeitung“ Folgendes:

„Düsseldorf, 12. Okt. (Eine Untersuchungsgegeschichte am Rhein.) Die Rheinländer rühmen sich des bei ihnen geltenden Zivilrechts und auch wohl des Verfahrens in Untersuchungssachen. Das Zivilrecht wollen wir hier heute bei Seite lassen, was aber hier auf dem Gebiete der Kriminaluntersuchung alles möglich ist, beweist folgende Geschichte. Im Juli v. J. wurde die Handlung Siegmund Jaeger, ein bedeutendes Getreidegeschäft dahier, fallit erklärt und der Inhaber verhaftet. Unmittelbar darauf erhob die Staatsbehörde die Beschuldigung wegen einfachen Bankrotts. Indessen wurde nach ganz kurzer Zeit von dem Handelsgerichte die Freilassung des Falliten ohne Kaution und von dem Landgerichte gegen Kaution verordnet. Der auf diese Weise freigelassene Fallit sollte sich aber der ihm gewordenen Freiheit nicht lange erfreuen. Anfangs September c. wurde auf Betreiben der Staatsanwaltschaft seine Verhaftung von Neuem verordnet und die Anklage wegen betrügerischen Bankrotts erhoben. Seit jener Zeit, also während eines Zeitraums von 13 Monaten befindet sich der Fallit noch immer in Untersuchung und Haft und ist immer noch nicht dem zuständigen Richter zur Aburtheilung überwiesen. Dies ist geradezu unerhört und erinnert an die finsternsten Zeiten des Inquisitionsvorfahrens. Wie man sich erzählt, war die Führung der Untersuchung zuerst einem jungen unerfahrenen Referendarius übertragen, welchem sie aber wegen verschiedener Mißgriffe, um und gelinde auszudrücken, entzogen wurde. Die Sache gelangte dann in die Hände des ordentlichen Untersuchungsrichters. Verhaftet wurden demnach noch der Vater des Angeklagten, ein Bruder desselben, ein Kaufmann aus Düsseldorf, alle der Theilnahme an dem betrügerischen Bankrotte beschuldigt. Trotz aller Untersuchungsmittel mußten alle Mitbeschuldigten nach und nach aus der Haft entlassen und es mußte auch die Beschuldigung selbst aufgegeben werden. Nur der Fallit blieb in Untersuchung und Haft, er befindet sich noch heute hinter Schloß und Riegel. Die Synode des Falliments erstatteten am 28. Februar dieses Jahres einen Bericht an die Gläubiger, in welchem sie sagen, daß „höherem Vernehmen nach sich keinerlei Anzeichen eines betrügerischen Bankrotts ergeben, vielmehr die desfalligen Verdachtsmomente vom Falliten aufgeführt worden seien.“ Trotz alledem ist der Fallit noch immer verhaftet und noch immer nicht dem zuständigen Richter überwiesen. Man sagt sich Allerlei über Gutachten und Gutachten, die auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft über die Bücher des Falliten eingeholt und von denen des Eine von dem Andern über den Haufen gestoßen worden sei, die kaufmännischen Gutachten sollen sich aber dafür ausgesprochen haben, daß kein Betrug vorliege. Wie dem aber auch sein mag, der Fallit hat ein Recht darauf, daß er vors Gericht gestellt wird. Er soll sogar 6 Monate lang nicht vom Inquisitor vernommen worden sein. Ja, es soll sogar während der Justizferien die Untersuchung vollständig brach gelegen haben. Als wenn es in einer Kriminaluntersuchung, bei welcher der Angeklagte verhaftet ist, überhaupt nur Ferien geben könnte! Inzwischen werden die Gläubiger des Falliments aufs Aergste geschädigt, es liegen aus der Fallitmasse ungefähr 180,000 Thaler bei der Depositenkasse deponiert, eine Vertheilung hat nicht stattfinden können, und die Gläubiger verlieren nicht nur die erhebliche Zinsdifferenz, sondern entbehren auch des Kapitals, welches sie bei den gegenwärtigen Konjunkturen erst recht gebrauchen könnten. Die Verschleppung der Jaegerischen Untersuchung kann demnach für viele Gläubiger von der unheilvollsten Wirkung sein.

Die oberste Justizbehörde hat sich gewiß in die Rechtsprechung nicht einzumischen — und wo sie dies unter dem Lippe'schen Regime hier in Preßprozeß versucht hat, kann dies nicht genug verdammt werden — aber dafür, daß ein Angeklagter vor seinen zuständigen Richter gestellt wird, dafür hat auch der Justizminister zu sorgen. Es sollen in dieser Richtung bereits Schritte gethan sein, damit dieselben aber nicht fruchtlos bleiben, haben wir geglaubt, uns mit diesen Zeilen an die öffentliche Meinung und zugleich an den Justizminister wenden zu sollen. Herr Justizminister, thun Sie ihre Pflicht und sorgen Sie dafür, daß der Kaufmann Siegmund Jaeger vor seinen zuständigen Richter gestellt wird!

So die Correspondenz der „Volkzeitung“.

Warten wir ab, was der „Herr Justizminister“ thun wird!

Für heute nur Eins: Gegen solche Justizgruel wäre unter den heutigen Verhältnissen das wirksamste Mittel, daß die Richter für ungerecht verhängte Haft persönlich mit Leib und Vermögen verantwortlich gemacht werden und daß der Geschädigte das Recht der Klage erlangt. Auf anderem Wege ist da nicht zu helfen.

— Um noch einmal auf den Faktor der ultramontanen „Deutschen Reichszeitung“, Herrn Siegert, der im Gefängnis sitzt, weil er es nicht mit seiner Ehre vereinbaren kann, den Verfasser eines angeklagten Artikels zu nennen, zurückzukommen, sei hier bemerkt, daß, nachdem der oberste Gerichtshof diese Art von Folter als „zu Recht bestehend“ anerkannt hat, durch diese Entscheidung des obersten Gerichtshofes nunmehr auch definitiv festgesetzt ist, daß der Richter das Recht hat, zum Behuf der Erpressung von Zeugnisaussagen die Folter der Untersuchungshaft nach Belieben zu verhängen. Wir sagen: nach Belieben; denn der Richter braucht jetzt bloß die „moralische Ueberzeugung“ zu haben, irgend Jemand weiß irgend Etwas, was auch die Behörde gern wissen möchte, und er hat das „Recht“, den betreffenden Jemand auf unbestimmte Zeit, auf Monate, auf Jahre, ohne Vertheilung, einfach nach seinem richterlichen Privatermessen, der Freiheit berauben, von Familie, Geschäft, Verdienst fortzreifen, körperlich, geistig, finanziell zu Grunde richten zu können. Wenn das nicht barbarische Zustände sind, wissen wir nicht, was barbarische Zustände sind. Wenn das nicht Gewissenszwang ist, wissen wir nicht, was Gewissenszwang ist. Wenn das nicht schwächerer Eingriff in die persönliche Freiheit ist, wissen wir nicht, was schwächerer Eingriff in die persönliche Freiheit ist. Wenn das nicht Folter ist, wissen wir nicht, was Folter ist.

Da wird jetzt von dem „Kulturkampf“ geredet. Wohlan, wo findet sich die „Kultur“ in der Siegert'schen Angelegenheit? Sind diejenigen Vertreter der Kultur, welche einen ehrenhaften Mann, weil er nicht zum verrätherischen Schuft werden will, jetzt nahezu vier Monate im Gefängnis halten und das Bon Rechts Wegen? Oder wird nicht im Gegentheil die „Kultur“, die wahre Kultur, welche gleichbedeutend ist mit Bildung und Humanität, nicht die Bündniskultur des Quatrisoliums (vierblättriges Klee-

blatt) Wagener-Bismarck-Stieber-Quistorp, wird sie nicht unter die Füße getrampelt in der Person des unglücklichen Faktors Siegert? Ebenso brutal unter die Füße getrampelt, wie nur je in der Person eines Opfers der katholischen Inquisition? Wodurch unterscheidet sich diese protestantische Inquisition von der katholischen?

Wir sind begierig, ob jetzt die Presse sich rühren wird. Nachdem die Entscheidung des Obertribunals erfolgt, ist jeder Vorwand, noch länger zurückzuhalten, fortgefallen. Die „Volkzeitung“, das Hauptorgan der preussischen Fortschrittspartei, hat, wie wir gesehen, die Entscheidung des Obertribunals ohne Bemerkung mitgeteilt. Wird die gesamte übrige Presse dieses Beispiel unfählicher Feigheit und Borkommenheit nachahmen, und es ruhig hinnehmen, daß die Freiheit jedes einzelnen Staatsbürgers, der Willkür des ersten besten Richters überliefert, und daß die Presse von der Gnade und Laune des ersten besten Individuums, das Richter heißt, abhängig ist. Das Objekt, um welches es sich in dieser Affaire des ultramontanen Zeitungs-Faktors handelt, ist hundertmal wichtiger als das Objekt des „Kulturkampfes“ zwischen kaiserlicher und päpstlicher „Gendarmarie“.

— Eine Abfertigung. In dem vom Kaiser (König) Wilhelm unterschriebenen Brief an den Papst findet sich auch die unvermeidliche Phrase von „reichs- und staatsfeindlichen Umtrieben“. Darauf antwortet nun in dem „Mainzer Journal“ ein Katholik, unter dem man wohl nicht ohne Grund Bischof Ketteler vermuthet, wie folgt:

„Staatsfeindliche Umtriebe haben Ew. Majestät uns im Angesichte Europa's vorgeworfen. Entweder bewegt sich unsere Agitation innerhalb der Schranken der Gesetze, und dann wären Sie nicht berechtigt, und diesen Vorwurf zu machen; oder sie geht über diesen Boden hinaus, und dann begründen staatsfeindliche Umtriebe das Verbrechen des Hochverrats. Nun denn, Majestät, befehlen Sie Ihrer Regierung auf Grund der Thatfachen, die Ihnen ja unzweifelhaft eines solchen Vorwurfs zu Gebot stehen müssen, unsere Führer als Hochverräter vor Gericht stellen zu müssen. Nachdem Sie einen so suchtbaren (!) Vorwurf gegen die Ehre (!), gegen die Integrität (!) des Charakters, gegen die Loyalität ihrer Befehlsführer geschleudert, gestatten Sie wenigstens diesen Männern, Ihnen zu beweisen, wie läbel Sie berichtet waren.“

Abgesehen von der albernsten Jeremiade über den „suchtbaren Vorwurf“, der in der Anklage hochverräterischer Gesinnung liegen soll — wir kennen sehr viele „Hochverräter“, die Männer von „Ehre“ und höchster „Integrität des Charakters“ sind; und kennen sehr viele durch „Loyalität“ sich auszeichnende, sehr hochgestellte und sehr einflussreiche Personen, die Lumpen in des Wortes weitester und verwegener Bedeutung sind; und nicht bloß wir kennen derlei loyale Lumpen, sondern was die Jeremiade noch albern macht, der Mann, an welchen der „Katholik“ sein offenes Schreiben richtet, kennt sie auch, von seiner Verdrängung mit verschiedenen entlarvten Prachtexemplaren dieser Sorte Bismarck'schen „Volks“ her — abgesehen von dieser albernsten Jeremiade ist die Antwort von zwingender Logik. Entweder ist die Beschuldigung der „Staatsfeindlichkeit“ bloße Phrase, oder sie ist ernst gemeint. Im ersteren Fall ist sie durchaus unbedeutend, im zweiten Fall muß sie in einer Anklage auf Hochverrath gipfeln. Aus diesem Dilemma kommen die Herren, die jenen Brief schrieben und vom Kaiser unterschreiben ließen, nicht heraus, sie mögen sich wenden und drehen wie sie wollen.

Rein Wunder, daß „Dale Spener“, des Kaisers „Frühstückszeitung“, dem soeben von Berliner Richtern beschuldigt worden ist, daß, wer aus dem Reptilienfond schöpfe, darum kein Schuft im juristischen Sinn sei, die unangenehme Antwort mit dem Ueberbiergeschwätz abzufertigen sucht, die „Insolenz des Tons“ (dieses Schreibens) siehe selbst unter den Auslassungen der deutschen Bischöfe ohne Beispiel da; — „der Ultramontanismus scheint den Beweis liefern zu wollen, daß die Ehrfurcht vor dem Oberhaupt des deutschen Reichs ihm ein gänzlich fremdes Gefühl ist, und daß er auch darin (!) mit der Sozialdemokratie auf gleicher Grundfläche, mit der großen Mehrheit der Nation aber im feindlichen Gegensatz sei. Nun, das Letztere bleibt abzuwarten. Was uns Sozialdemokraten betrifft, so bekennen wir gern, daß wir vor Niemand und Nichts „Ehrfurcht“ haben, und daß wir die „Ehrfurcht“ für ein Gefühl halten, dessen nur unklare und beschränkte Menschen fähig sind. Daß die Antwort des Katholiken nicht geeignet ist, den Kaiser in der öffentlichen Achtung zu heben, das geben wir gern zu; die „Spener'sche Ztg.“ möge deshalb mit ihren eigenen Patronen rechten, welche den Kaiser, gegen allen „konstitutionellen“ Brauch in die Arena des politischen Kampfs geführt haben, wo es natürlich Puffe legt.

Erwähnt sei noch, daß auch die Berliner „Volkzeitung“, Hauptorgan der preussischen Fortschrittspartei, über die Antwort höflich erbot ist, und sie „dreist“ nennt. „Dreist“, daß man sich auf den Boden des Rechts stellt! O du für den „Rechtsstaat“ schwärmende Dunderin!

— Aus Krähwinkel — hätten wir beinahe gesagt — nein aus Bayern schreibt man der „Frankfurter Ztg.“: „Wir erhalten soeben Kenntniß von einer vom Ministerium des Innern erlassenen Entschliessung, die wohl eine prinzipielle Bedeutung in der Frage der Coalition der Arbeiter hat. In Augsburg wollte sich vor längerer Zeit eine „internationale Metallarbeiter-Schicht“ bilden. Der Augsburger Magistrat, an dessen Spitze der „liberale“ Bürgermeister Fischer steht, erließ hierauf eine Verfügung, wonach diese „Metallarbeiter-Schicht“ nach Art. 14 des Vereinsgesetzes als ein politischer Verein zu betrachten ist, da der Vereinszweck, wie insbesondere aus dem § 2 der Vereinsstatuten hervorgeht, auf öffentliche Angelegenheiten sich beziehe. (Der citirte § 2 der Statuten nennt als Zweck der Vereinigung: „gegenseitige Wahrung der Ehre und geistigen und materiellen Interessen der Gewerbesgenossen durch Abschaffung aller bestehenden Zwangsklassen und Einführung freier Krankenkassen- und Begräbnis-Kassen, Gewährung von Schutz an die Mitglieder gegen Verdrängung oder ungerechtfertigte Anforderungen von Seiten der Arbeitgeber und Behörden, nöthigenfalls Bestreitung der Kosten für alle gerichtlichen Klagen und Führung der Prozesse aus der Gewerkschaftskasse.“) Die magistratische Verfügung enthält nun weitere Stelle: „Mit Rücksicht darauf, daß die Augsburger Mitglieder der internationalen Metallarbeiter-Schicht einen Bevollmächtigten und einen Ortsleiter gewählt und im Hinblick auf die Statuten kann es keinem Zweifel unterliegen, daß diese Mitglieder dahier thatsächlich einen Zweigverein der Metallarbeiter-Schicht bilden, deren Beschlüssen und Organen sie nach den Statuten unterworfen sind und mit welcher sie zu einem gegliederten Ganzen vereinigt sind. Es wird demgemäß auf Grund des Art. 17 des Vereinsgesetzes eröffnet, daß der hiesige Zweigverein der internationalen Metallarbeiter-Schicht, wenn derselbe in Wirksamkeit treten und bezw. seine Wirksamkeit fortsetzen sollte, gemäß Art. 19, Ziff. 4 des Vereinsgesetzes sofort geschlossen und Strafeinschreitung gemäß Art. 122 be-

antragt werden dürfte.“ Der hierauf bei der schwäbischen Kreisregierung erhobene Recurs wurde von dieser Stelle ohne jede weitere Motivierung verworfen und der Magistratsbeschuß purus (ohne Aenderung) bestätigt. Es wurde nun Beschwerde beim Ministerium eingereicht; dasselbe hat jetzt, nachdem ihm die Beschwerde vor 1 1/2 Jahren eingekandt wurde, dahin entschieden, daß der Beschuß des Magistrates außer Wirksamkeit gesetzt werde, da aus den Statuten der internationalen Metallarbeiter-Schicht in Chemnitz das Bestehen eines Affiliationsverhältnisses im Sinne des Gesetzes zwischen der genannten Metallarbeiter-Schicht und den Mitgliedern derselben in Augsburg nicht entnommen werden könne.“

So ist also das ungarische Ministerium noch übertroffen, welches zur Entscheidung über die Statuten des Arbeitervereins „Vorwärts“ nur ein Jahr gebraucht hat. Die Entscheidung des Ministeriums hat das Gute, daß mit derselben den bürokratischen Pleasieren in Bayern gegen die internationale Metallarbeiter-Schicht wenigstens insoweit ein Ziel gesetzt ist, als die Artikel 14 und 17 des Vereinsgesetzes nicht mehr in der Weise angewendet werden können, wie es sich der Herr Fischer und die lakonische Kreisregierung von Schwaben erlaubt haben. Die bayerischen Arbeiter mögen sich den Fall merken, damit sie dem Hrn. Fischer und seinen „liberalen“ Genossen heimleuchten können, wenn dieselben sich unterstehen sollten, von ihrer „Freisinnigkeit“ zu reden.

— Moderner Ablass! Pfälzische Blätter berichten:

„An einem Abend im Mai d. J. hat ein Delonon, David Raab, von Lambshausen, einen gewissen Friedrich Lichtenberger von Ludwigsbafen beim Verlassen des Wirthshauses zu Lambshausen überfallen und mit Messerstichen so schwer verwundet, daß der Angegriffene wochenlang in Lebensgefahr schwebte. Im Publikum kennt man die Dinge nicht, welche den Thäter zu diesem Ueberfall veranlaßten. Zu Ende der vorigen Woche sollte nun die Aburtheilung Raab's vor dem Justizpolizeigerichte zu Frankenthal stattfinden. Da, bei Eröffnung der Sitzung, erklärte der Anwalt des Beschuldigten, daß dieser seinen Straf Antrag zurückziehe. Somit war, nach der neuen Reichsgesetzgebung, jede gerichtliche Bestrafung beseitigt, ja der Staat, d. h. die Gesamtheit der Steuerpflichtigen, hat die sämmtlichen erwachsenen Kosten der Untersuchung zu tragen! Nun hat man mittlerweile erfahren — und es ist so sehr öffentliches Geheimniß, daß es bereits in den pfälzischen Zeitungen steht —, daß Raab sich um den Preis von 5000 Gulden von Lichtenberger losgelassen habe, wovon dieser der Gemeinde Lambshausen die Hälfte schenkte.“

Der vorliegende Fall zeigt, daß unsere moderne Rechtspraxis noch nicht einmal über den Tegel hinausgekommen ist. Der Tegel war allerdings ein frecher Pflaß — er war auch aus Leipzig — und verkaufte vor etwa 380 Jahren seine Ablasszettel für schweres Geld unter dem Motto: „Sobald das Geld im Raften klingt, die Seele aus dem Fregefeuer springt!“ Die heute herrschende Rechtspraxis aber stellt Demjenigen, der einen menschenlichen Mordanfall verübt hat, einen Ablasszettel aus mit dem Motto: „Sobald das Geld im Raften klingt, der Menschler aus dem Gefängnis springt!“ Die Sache ist einfach die: Die 380 Jahre vor Tegel auf das „neue Reich“ haben uns so viel „Entwicklung“ gebracht, daß statt himmlischer jetzt irdische Ablasszettel in aller Form ausgestellt werden. Der Tegel war ein grober Schwindler; er griff der „ewigen Gerechtigkeit“ im „Jenseits“, im Himmel vor, verwandelte die Ehebrecher in Tugendhelden, die Diebe in Beschützer des Eigenthums, die Mörder und Räuber in „Kulturkämpfer“ — Alles für's Geld! O, daß dieser Mann noch lebte! Er würde manchen Bod in ein Schaf verwandeln. Die moderne Rechtspraxis aber macht aus Menschler ganz „autständige Leute“, Alles für's Geld! Ja, wer einen langen Goldbeutel hat, der mag sich wohl fühlen! Er fällt einen Andern menschenlich an, sticht ihn schier todt und — zahlt für das Vergnügen 5000 fl., denn er hat's ja! Damit aber auch das Publikum seinen Antheil an solcher Kulturentwicklung habe, werden die Gerichtskosten „niedergeschlagen“, d. h. die gesammten Steuerzahler haben sie zu tragen. Die neue Bestimmung, welche die Bestrafung solcher „Körperverletzungen“ nur auf Antrag des Verletzten eintreten läßt, macht es möglich, daß irgend welcher reiche Flegel die „Körperverletzung“ als Vergnügen betreiben kann! Mit Geld ist ja Alles wieder zu vertuschen! Nicht den Richtern zu Frankenthal machen wir irgend einen Vorwurf; sie haben nach den bestehenden Gesetzen gehandelt, weil sie nicht anders konnten. Aber das System, nach welchem diese „Gesetze“ geschaffen sind, welches bald, daß für Geld Ablasszettel auf Mord und Todtschlag ausgestellt werden, das System, dessen ganze Moral im Goldbeutel steckt, das ist in unsern Augen, die wir das Interesse des armen Mannes vertreten, ein unsittliches System, das die heutige „Gleichheit vor dem Gesetz“ nicht anders zu illustriren weiß, als mit dem Tegel! Darum hinaus mit dem Tegel und was drum und dran hängt, aus dem neunzehnten Jahrhundert!

— „Bitt' um die gnädig' Straf!“ hatte bisher der österreichische Soldat zu sagen, bevor die Prügel-Prozedur an ihm vollstreckt wurde, und mit „Danke“ für die gnädig' Straf!“ quittierte er den richtigen Empfang. Dieses famos Stück Kultur scheint verschiedene Fabrikanten auf die „göttliche Idee“ gebracht zu haben, auch der Arbeiter, in ihren Augen das zu schreckende Schaf, habe sich nicht allein für die Schur zu bedanken, sondern auch um dieselbe zu bitten. Es ist ein altes Kunststück der Herren Schaffsheerer, daß sie stets einige Schafe aufreiden, die sich verklagen müssen, daß sie nicht mehr Wolle lassen dürfen, sobald die Herren Schaffsheerer gegen jene wenigen und ungenügenden gesetzlichen Bestimmungen vorgehen wollen, welche die Schur manchmal etwas erschweren. In diesem Sinne muß man es auffassen, wenn in verschiedenen Blättern zu lesen steht, daß die Spinner von Crimmitschau, Werdau, Glauchau und Plauen gesonnen seien, eine Petition an das Ministerium zu richten folgenden Inhalts:

„1) Das königliche hohe Ministerium wolle hochgeneigtest dahin wirken, daß die Minimalaltergrenze für die Beschäftigung von Kindern in Bigogne- und Streichgarnspinnereien von dem 12. auf das 10. Lebensjahr herabgesetzt werde; 2) das h. Ministerium wolle seinen Einfluß dahin geltend machen, daß die Bestimmung der Reichsgewerbeordnung, wonach jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren nur 10 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen, wieder aufgehoben werde; 3) das h. Ministerium wolle dahin wirken, daß die in der gegenwärtigen Gewerbeordnung enthaltenen Beschränkungen der Arbeitszeit Minderjähriger nicht noch auf höhere Lebensalter ausgedehnt werden; 4) das h. Ministerium wolle dahin wirken, daß keine neuen beschränkenden Bestimmungen in Betreff der Arbeitszeit von erwachsenen weiblichen Personen gesetzlich angeordnet werden.“

Es wird Jedem klar sein, daß dieses Nachweel nicht von Spinneern, sondern von Spinnereibesitzern ausgeht. Leider ist es Thatsache, daß sich nur zu viele Arbeiter finden, welche in ihrem eigenen Fleische wählen und solche Petitionen unterschreiben. Der Lohn der Spinner ist durch die Konkurrenz der Maschinen

auf ein Minimum herabgedrückt worden, und da der Hunger weh thut so dürfen wir einen Spinner deshalb nicht verurtheilen, weil er ohne weiteren Einblick in die Entwicklungsweise der Produktion denkt, er stelle sich desto besser, je früher er seine Kinder an die Maschinen treibe. Jene Armen, welche ihre Namen hergeben, um der Farcen der Fabrikanten einen Anchein vom Gehalt zu verleihen, sind eben doppelt übel dran. Das ist ja ein Hauptmerkmal der kapitalistischen Produktionsweise, daß sie die Erzeuger aller Waaren zwingt, gegen ihre eigenen Interessen zu wüthen, daß sie Weib und Kind zu Konkurrenten des Vaters und Bruders macht. Da dürfen wir uns nicht wundern, wenn die von dem furchtbaren Konkurrenz-Strudel Fortgerissenen sich an Strohhalme klammern. Möge das sächsische Ministerium immerhin die Ausbeutungsmouth der Herren Fabrikanten unterstützen und ihr mehr Spielraum verschaffen, damit sie sich, statt wie bisher aus den zwölf-, nunmehr schon aus den zehnjährigen Kindern ihre Opfer auswählen können; es ist ja auch nicht neu, wenn der ganze Nachwuchs des arbeitenden Volkes schon in jartem Alter dort in Kasernen- und hier in industriellen Zucht-Häusern gepfercht wird, — aber der „Liberalismus“ der Bourgeoisie mit seinen Phrasen von „Bildung“ ist bankrott. Und das ist der Anfang vom großen Kraach, von allem Ende!

Es ist allerdings selbstverständlich, daß wir solchen Gegnern, wie den hiesigen Leitern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und des „Neuen Sozialdemokrat“ gegenüber nicht weicher sein zu sein brauchen und ein wenig Schadenfreude empfinden, wenn uns Gelegenheit gegeben wird, eine kleine Revanche zu nehmen für die Unstätigkeiten, die diese Gesellen schon verübt haben. Die Leser des „Volksstaat“ werden sich erinnern, daß kurz vor dem letzten Eisenacher Kongress Herr Hasenclever, der „Präsident der Menschheit“, in Breslau in einer Volksversammlung auftrat, wobei fanatisirte Jünger Tölske an unseren Parteigenossen verschiedene Hochzeiten verübten. Der „Neue“, der sich darüber herzmühtig feuchte, druckte mit großem Behagen einen Artikel ab, den die „Schlesische Presse“, ein Börsenblatt, natürlich zu Ungunsten unserer Partei, über diese Versammlung gebracht hatte. Um dem „Neuen“ mit gleicher Münze heimzuzahlen, drucken wir nun hier den Bericht der Berliner Blätter über die neueste Tölskeade ab. Hierbei ist freilich der Unterschied zu machen, daß der „Neue“ damals das Breslauer Börsenblatt zu Hilfe nahm, weil es die Hegeleien seiner Anhänger gut hieß; wir drucken nachstehenden Bericht ab, weil durch denselben das Treiben der Berliner agents provocateurs wenigstens annähernd in das richtige Licht gestellt wird. Unter dem Motto: „Haut ihm!“ berichten Berliner Blätter gleichlautend wie folgt über die neueste Tölskeade:

Der Vorstand des vierten Berliner Wahlbezirks hatte am verfloffenen Freitag eine allgemeine Urwähler-Versammlung nach dem Mohrmann'schen Lokale ausgeschrieben, zu welcher der Eintritt ohne weitere Kaution gestattet war. Warum auch nicht? Herr Präsident Hasenclever hatte ja decretirt, daß „unser Volk“ sich nicht an den forumpirenden indirecten Wahlen betheiligen darf. Seit Monaten war den Sozialdemokraten aber keine Gelegenheit gegeben, eine frische, fröhliche Versammlungssprengung in Scene zu setzen, und nicht ohne Verwechslung bekanntlich mehr als Unthätigkeit. Es war also am Siege des Zeus in der Dresdenstraße beschloffen worden, die Mannen zu einem kleinen Exercitium zu sammeln. Der kundige Thebaner erkannte sofort beim Eintritt in den Mohrmann'schen Saal, was die Glode geschlagen. Da saßen sie alle, die Führer und Präsidenten, Aurin, Finn, Becker, Scottian u. c., der zottige Hasselmann an der Spitze, im Kreise ihrer Getreuen, sehnüchlich der Zeit harrend, wo es „losgen“ werde. Und die Zeit kam. Der langjährige Vorsitzende, Stadtverordneter Berlin, eröffnete die Versammlung, und sofort verlangten die Sozialisten für das „soveräne Volk“ das Recht der Bureauwahl. Warum nicht, meinte Berlin, wenn es Ihnen sonst Spaß macht! Wen wünschen Sie denn zu wählen? Finn! Finn! heult es von allen Seiten. Na, wollen mal sehen, replicirt Berlin; wer Finn wählen will, erhebe die Hand! Etwa ein Fünftel der Versammlung. Minorität! sagt Berlin. Majorität! schreien die Sozialisten und pfeifen dazwischen auf den Fingern, daß Einem die Ohren gellen. Na, wollen mal sehen, beschwörtigt Berlin mit göttlicher Gemüthlichkeit, wer mich zum Vorsitzenden haben will, erhebe die Hand! Die anderen vier Fünftel reichten die Arme in die Höhe. Majorität! jubeln die Sieger. Minorität! brüllen die Unterlegenen. Finn ist gewählt, donneret Hasselmann dazwischen, und wenn Finn nicht da oben sitzt, findet die Versammlung nicht statt! Die Berliner Urwähler sind im Allgemeinen keine Revolutionäre, aber eine solche Frechheit brachte die Versammelten, welche bis dahin die Epifode nur mehr als anregende Einleitung angesehen hatten, etwas aus dem Häuschen. „Nubig, Maul halten!“ erwiderte man dem ungekämmtten Bersechter des Volksrechts. „Wir sind das souveräne Volk, Berlin gehört uns, Finn muß raus!“ kommandirt Hasselmann. „Schmeiß den Keel raus!“ ist die Antwort. Die Situation ist im höchsten Grade bedenklich, als Hasselmann die schmierige Sturmhaube aufsetzt und den Knüttel fest in die Hand nimmt. Noch einmal fordert er das Recht „seines souveränen Volkes“, jedwede Versammlung zu terrorisiren, und als ihn die Gegner verachten, auch der Schlachtgefang der Hasenclever'schen ungehört in dem Brausen der aufgeregten Menge verhallt, da schwingt Hasselmann ingrimmig den Knüttel über dem Haupte, im nächsten Augenblick saust derselbe herab, schlägt klatschend auf den Rücken eines alten gebrechlichen Herrn — und die Keilerei ging los. Die Urwähler des vierten Wahlbezirks sind zum größten Theile Männer der Arbeit, aber nicht von der Hasenclever'schen Striksforte; sie verstehen, fest zuzugreifen und sind gewohnt, das was gelhan werden muß, schnell zu vollbringen. Das rüde Attentat des Sozialistenführers fand sofort seinen Lohn, hundert Arme rangen um die Ehre, den getroffenen Alten zu rächen, die lebigen engagierten sich mit dem „soveränen Volk“. Ein Schlachten war's, nicht eine Schlacht zu nennen. Die älteren Herren versammelten sich auf der Bühne des Saales, um dem Getümmel zuzuschauen, die Furchtsamen saloirten sich in den Keller, wo sonst der Gardebrieger und der Requisiteur ihr Wesen treiben. Einen Augenblick bedeckte die Kämpfenden ein Chaos von Stuhlbeinen, stiegenden Gläsern, suchtelnden Stöcken und erhobenen Armen, wie als wenn die Artillerie den Gruß der anrückenden Heere verkländet und das Rattenfeuer der Infanterie den Empfang bescheinigt. Dann klärte sich die Situation. Man sah die Sozialisten per Schub an die Thüre speidiren, von dort wieder zurückzukehren, ihren Lohn für die beispiellos freche Störung in wohlapplyirten Knallshots in Empfang nehmen und dann das Weite suchen. Wohl eine Viertelstunde dauerte die Execution. Dann bestieg Berlin mit seiner unvergleichlichen Gemüthlichkeit wieder den Präsidentenstuhl und bezug den Vortrag der Abgeordneten Dunder und Eberly begann. — An Tölske in Iserlohn aber ging noch am selbigen Freitag Abend nachstehende Depesche ab: „Großer Sieg! Kein Mann ist im Saale geblieben. Mit sozialdemokratischem Gruß!“

So schreibt Lasker's Knüttel im Vollgefühl seines Sieges. Dieser „Kulturkampf“ zwischen den beiden Knütteln beweist uns, daß wir dem Lasker'schen Knüttel doch Unrecht thaten, als wir ihm an der Wiege das Prognostikon stellten, er werde, sobald er den Schatten seines älteren Bruders, Sankt Tölske, aus der Ferne erblicken werde, mit assenartiger Geschwindigkeit in das erste Maus- oder Kellerloch hineinfrischen. Er hat's „gewagt“, und statt ins Mausloch zu kriechen, seinem Konkurrenten eine Schlacht geliefert und ihn durchgebläut. Es ist keine Wärr, und eine wahrhaftige Geschichte: Lasker's Knüttel hat einen „großen Sieg“ erfochten über Tölske's Knüttel; und was das Schlimmste, er hat ihn erfochten in der ersten Schlacht! Und er hat ihn erfochten gegen den Wollte des Tölske'schen Knüttels, den großen Hasselmann in Person, den wüthenden Wasser-, Seifen- und Bourgeoisfeind, dessen Feindschaft gegen die Bourgeois sich aber in ähnlicher Weise zu äußern scheint, wie seine Feindschaft gegen Wasser und Seife: darin, daß er sich von ihnen fernhält, statt ihnen auf den Weis zu rücken. Wir gestehen, das Resultat hat uns einigermassen überrascht. Es ist wahr, zu Eisenach haben wir Tölske's Knüttel in Tölske's eigener Hand grimmigen Gesichts und lammfrommen Gemüths unter dem laudinischen Joch daherschleichen; daß er aber vor Lasker's Knüttel die Seigel streichen würde, das hätten wir allerdings nicht erwartet. Genug — Tölske's Knüttel hat das Kränzlein jungfräulicher Ehre verloren, und hundert „Revanchefriege“ können es ihm nicht zurückgeben. Verloren ist verloren. Lassen wir nun auch den amtlichen Schlachtbericht des Besiegten folgen:

Tölske's Knüttel schreibt: „Berlin, 18. Oktober. (Die Lasker-Garde.) Die Fortschrittler haben augenblicklich eine lächerliche, intrigante Methode angenommen, um scheinbare „Wählerversammlungen“ in den einzelnen Bezirken abzuhalten. Sie laden dieselben aber fast nie öffentlich, sondern nur durch Circulare ein, welche unter den Fortschrittlerkolportier werden. Gestern Abend war nun eine solche sogenannte allgemeine Wählerversammlung im Frankfurter Stadtviertel angefaßt, welche die Fortschrittler, um sie formell zu einer öffentlichen zu machen, am Freitag Morgen durch einige versteckte Kanononen der „Volkszeitung“ und „Post. Ztg.“ publik machten. Da so selbstverständlich das Publikum kaum darauf aufmerksam wurde, ward sie nur von etwa 150 Bourgeois und 50 Arbeitern, letztere Sozialdemokraten, besucht. — Bei der Bureauwahl, zu welcher die Einberufer wie immer nur zögernd schritten, erhielt bei der ersten Abstimmung unser Parteigenosse Finn 47 Stimmen, gleichwohl stimmten bei der Gegenprobe nur 43, genau gezählt, gegen ihn. Finn war somit von Rechtswegen gewählt. Ganz unparlamentarisch ließ nun aber der Einberufer über sich abstimmen und erklärte jetzt, die Majorität zu haben. Nach einigen Hin- und Wiberreden erklärte nun der Parteigenosse Hasselmann, daß er gegen dies unparlamentarische Gebahren in der überhaupt ungenügend bekannt gemachten Versammlung Protest einlege und seine Parteigenossen erjuche, mit ihm den Saal zu verlassen. Das geschah in aller Ruhe. Als nur noch sechs oder sieben Parteigenossen im Saal saßen, schleicht sich ein Lasker-Gardist von hinten an Hasselmann heran und versteht ihm — anscheinend mit einem Jagdmesser — einen Stich in den Hinterkopf, der eine drei Zoll lange, bis auf den Schädel gehende Wunde verursacht. Zugleich packt ihn ein Bourgeois von vorn, den Hasselmann aber mit seinem Bambus zusammenhaut. Auf dieses Signal stürzt die Lasker-Garde von allen Seiten auf ihn los; man reißt ihm das Plaid fort und sucht ihn niederzuwerfen. Das glückt aber nicht. Ein mächtiger Steinträger haut mit einem Stuhl Bahn; auch Aurin, den die Bourgeois packen, schafft sich Platz. Parteigenossen kommen zu Hilfe und nun sausen die Hiebe hagelnd. Die Lasker-Garde flüchtet in die Ecken, Stühle, Tische und Gläser demolirend, Hasselmann erobert sein Plaid zurück und der Vorsitzende erklärt in der Angst die Versammlung für geschlossen. Als der Bieth sich daran machte, die Gasflammen zu löschen, ziehen die Passalleaner unbehelligt unter dem Gesang der Marseillaise ab. — Polizei war nicht amwesend. Ob die Bourgeois daher nachher noch eine neue Versammlung hinter verschlossener Thüre abhielt, ist uns unbekannt. Mögen unsere Berliner Parteigenossen übrigens künftig immer fest organisiert auf dem Posten sein, dann wird der Lasker-Garde die Lust zu Excessen rasch vergehen.“

Hasselmann, der diese Fallstricke natürlich selber verübt hat, wird hoffentlich in irgend einem Bereiche des „Fussfreesen“ seinen Homer finden. Der Hünenkampf um Hasselmanns Plaid stellt sich dem Kampf um Patroklos' Leiche würdig zur Seite. Und „der drei Zoll lange Stich im Hinterkopf“, anscheinend von einem Jagdmesser“ (Apropos, unglücklicher Hasselmann, warum hast Du nicht lieber Dolchmesser, Küchenmesser, Rasenmesser gesagt — irgend ein Messer, nur kein Jagdmesser, das unwiderstehlich an Jagdgeschichte und Münchhausen erinnert?) „der drei Zoll lange Stich“ kann ja mit Leichtigkeit noch um einige Zolle verlängert und vertieft werden. Unsere Leser werden uns hoffentlich nicht zürnen, daß wir dieser Schlacht der zwei feindlichen Kulturknüttel einzigen Raum gewidmet haben. Sie ist ein Theil des „Kulturkampfes“, der jetzt gekämpft wird, und wird auch ihr Nachspiel haben. Warten wir's ab!

Neuer Schwindel. Wir erzählten neulich von einem preussischen Feldwebel Powis, der, obgleich kerngesund, als „brustkrank“ entlassen wurde. Wir bemerkten diesen Herrn zuerst in St. Johann und jetzt finden wir ihn wieder in Stuttgart, wo er den gläubigen Patrioten seine Leidengeschichte vorjammert. Dieser Mensch reißt auf seine Kerngesundheits und weist für Geld nach, daß er (Powis) kerngesund ist. So ersehen wir aus der Stuttgarter „Presse“, wo es heißt: „Powis logirt im Gasthaus zur Garbe, wo Jeder, der sich für den betreffenden Fall interessiert, den schwergeprüften Mann sprechen und Einsicht von den Alten nehmen kann.“ Das ist deutlich. Die Powis'sche Affaire ist weiter nichts als eine unverschämte Vettelei. Mögen sich verschiedene Michel ihren Geldbeutel beschneiden lassen; ein vernünftiger Mensch wird dem kerngesunden Powis einfach sagen: Gehe hin und arbeite!

### Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen!  
Neu angemeldet sind folgende Orte: Harthau bei Chemnitz, Vertrauensmann Gustav Lange; Weizenburg a. S.: D. Größler. Der Erfurter Vertrauensmann heißt nicht Bein, sondern B. Bohred.

Ferner sind folgende Vertrauensmänner bestätigt. Jüterbogk: R. Brunert; Soest: B. Henje; Ernstthal I: C. Bohne. Hamburg, 26. Oktober 1873.

Der Ausschuß:  
H. Bennecke. Aug. Geib, Rödingsmarkt 12.

An die Parteigenossen!  
Zu den Beiträgen, welche im September und Oktober d. J. für die Inhabartien eingegangen sind, nachzutragen:  
Meerane (Bollverein) 2 Antheilscheine der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei mit 20 Thlr., Hamburg (durch Geib auf Liste 117) 6 Thlr. 18 Gr. Ferner früher eingegangen von Eckstein in Altona für die Agitation 1 Thlr.  
Hamburg, 25. Oktbr. 1873. Mit Gruß  
H. Bennecke, Hamburg, Schäfereckamp Nr. 34.

### Gewerksgenossenschaftliches.

Internationale Metallarbeitergewerkschaft.  
Chemnitz, 22. Okt. Allen Mitgliedern sowohl unserer als anderer Gewerkschaften sowie sämtlichen Arbeitern in Bayern, welche sich denselben anschließen wollen, sei hiermit ein Beschluß des l. v. Staatsministeriums des Innern mitgetheilt, um, falls es einzelnen Paschas wieder einfallen sollte, das rechtliche Bestehen unserer Gewerksgenossenschaften anzuzweifeln, dann darnach handeln zu können. Anlaß sich an das Ministerium beschwerend zu wenden gab die Auflösung der internationalen Metallarbeiterschaft zu Augsburg durch den Augsburger Magistrat vom 17. Februar 1872 und einer Regierungsentschließung vom 18. April und lautet die Ministerialentschließung folgendermaßen:

R. V. Staatsministerium des Innern! Der königlichen Regierung, Kammer des Innern, werden die Beilagen des Berichtes vom 1. Juli v. J. anrühend unter dem Eröffnen zurückgegeben, daß aus demselben und den darin befindlichen Statuten der internationalen Metallarbeiterschaft zu Chemnitz das Bestehen eines Affiliationsverhältnisses im Sinne des Art. 17 des Gesetzes vom 26. Februar 1860 „die Versammlungen und Vereine betreffend“ bezüglich der genannten Metallarbeiterschaft und der Mitglieder derselben in Augsburg nicht entnommen werden konnte und deshalb der Beschluß des Magistrats Augsburgs vom 17. Februar v. J. und die derselben bestätigende Regierungsentschließung vom 28. April ejusd. a. aus Anlaß der von Ludwig Jelle erhobenen Beschwerde hiermit außer Wirksamkeit gesetzt werden, hienach hat die königliche Regierung, Kammer des Innern, das Weitere zu verfügen.

München, den 2. Oktober 1873.  
Auf Seiner königlichen Majestät Allerhöchsten Befehl gez. Pfeufer. Durch den Minister der Generalsekretär gez. du Bain.

An die lgl. Regierung, R. d. J., von Schwaben und Neuburg. Die internationale Metallarbeiterschaft betreffend. Der unerwünschten Ausdauer unseres Mitgliedes Ludwig Jelle in Augsburg, sowie der uneigennütigen Unterstützung des Advokaten Herrn Dr. Reonacher in Fürtch, welcher die gerichtliche Vertretung unentgeltlich übernahm, haben wir es zu verdanken, daß wir fernerhin weiterer Plakerei entzogen sind und stüßt sich der hiesige Ausschuß demselben zum Danke verpflichtet. Nunmehr fordern wir aber zur regsten Theilnahme an der internationalen Metallarbeitergewerkschaft auf, darauf hinweisend, daß die Zukunft nur den Männern gehört, welche Vernunft genug besitzen um einzusehen, daß ein Anschluß an unsere Organisation unbedingt notwendig ist, um vor noch weiterer Versumpfung und Selaverei gestützt zu sein. Nicht dürfen wir uns fernerhin durch Fabrikordnungen, Strafen, Schimpfsworte, ja selbst Schläge wie Sklaven behandeln lassen; wir müssen vielmehr eingebend sein, daß wir als edelstes Geschöpf der Erde die Aufgabe haben, uns und unseren Nachkommen ein würdiges Dasein zu sichern. Allerdings trägt das arbeitende Volk viel Schuld an den heutigen Zuständen durch seine Theilnahmlosigkeit, und nur dadurch ist es möglich geworden, daß das heutige Raubritterwesen unter den hochschönen Namen Banken und Aktiengesellschaften in einem solchen Maßstabe getrieben werden kann. Die Raubzüge des mittelalterlichen Raubrittergesindels erscheinen als Spielerei gegen die Unthaten der heutigen Raubritterei; während es sich damals um Einzelne handelte, fallen heute der unersättlichen Habgier der herrschenden Klassen Tausend und aber Tausend zum Opfer. Betrachtet die Tabellen über das Sterblichkeitsverhältniß und Ihr werdet den Massenmord in seiner langsame aber um so gräßlicheren Form erkennen.

Bedarf es erst tüchtigen Rüttelns, um Euch aus dem Schlafe heraufzureißen. Öffnet die Augen und erschreket über die Allseitigkeit des Elendes. Lasset nicht wie Feiglinge alles Elend blindlings über Euch ergehen, sondern mit stolzem Gefühl erhebe sich Eure Brust und mit dem Rufe: Ich will ein Mann sein, will eintreten in den Kampf für meine Rechte und für des gesammten Volkes Wohl!

Mittheilungen sind zu richten an Unterzeichneten, von welchem auch jederzeit unentgeltliche Auskunft zu erlangen ist.  
Für den Ausschuß der int. Metallarbeiterschaft:  
Rich. C. J. Wolf, Lindenstraße 8. I.

NB. Die Mitglieder derjenigen Orte, welche ihre statistischen Formulare noch nicht eingesendet haben, werden aufgefordert, dies schleunigst zu thun, da doch eine so große Arbeit damit nicht verknüpft ist und diese zur gesammten Uebersicht und Zusammenstellung unbedingt nothwendig sind. D. D.)

### Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Braunshweig, 24. October. Da die hiesige Mitgliedschaft am 20. d. mit der Berathung der Statuten für die Central-Krankenkasse begonnen hatte, so theile ich mit, welche Abänderungen hienorts bis zum § 8 gestellt werden.

In § 1 wo es heißt: „Den Mitgliedern bei unverschuldeten Krankheiten angemessene Unterstützung zu sichern“ soll das Wort „unverschuldete“ wegfallen.

In § 2 anstatt: „Dieselben haben durch Attest nachzuweisen, daß sie zur Zeit gesund sind und 50. Lebensjahr noch nicht überschritten haben“ soll es heißen: „Bis zu 6 Monaten nach Gründung des Kranken-Unterstützungs-Bundes kann jedes Gewerkschafts-Mitglied ohne Unterscheidung des Alters, mit Beibringung eines Gesundheits-Attestes aufgenommen werden.“

In § 3 die Worte: „Jedes Mitglied hat bei seinem Eintritt 5 Sgr. zu entrichten“ sollen gestrichen werden.

In § 4 anstatt: „Die Berechtigung zur Kranken-Unterstützung tritt jedoch erst nach Ablauf von 13 Wochen, vom Tage des Ein-

tritt an gerechnet, ein" soll es heißen: „Jedes Mitglied des Kranken-Unterstützungs-Bundes tritt sofort in seine Rechte ein, sobald es seine Beiträge pränumerando entrichtet hat.“

In § 5 soll es heißen: „Geschicht dies innerhalb von 2 Monaten nicht, so werden die Säumigen gestrichen u. s. w.“ statt „3 Monaten.“

Bei § 8 soll hinzugefügt werden: „Bei denjenigen Kranken, welche im Hospital behandelt werden, wird nur einstuftlich der Betrag ausgezahlt, welcher für die Behandlung, resp. Verpflegung erforderlich ist, der Ueberschuß jedoch erst dann, wenn der Betreffende aus dem Hospital entlassen ist.“

Diese Hinzufügung zu § 8 wird nicht zu verkennen sein, zumal sie dem Kranken immer nützlich sein kann, denn 1) bekommt derselbe den vollen Betrag von 4 Thlr. wöchentlich ausgezahlt, so kann er dadurch, daß er Geld hat, trotz ärztlichen Verbots, wie es ja auch oft geschieht, sich jedwede Speisen und Getränke u. s. w. verschaffen, welche geradezu eine Krankheit verschlimmern, der Betreffende also hierdurch auch länger das Krankenbett hüten müßte. Und 2) würde es für Jeden eine annehmbare Wohlthat sein, wenn er, aus dem Krankenhause entlassen, sich noch eines Guthabens zu erfreuen hätte, welches ihm eine Erholung gestattet, bevor er seine noch matten Glieder der Arbeit wieder zuzuwenden brauchte.

Weil nun aber der Kranken-Unterstützungs-Bund auch zu einer Agitation dienen soll, welcher die Organisation fördert, so kann es nicht ratsam sein, wenn noch extra ein Eintrittsgeld festgesetzt wird, da ja ohnehin Jeder, welcher der Krankenkasse angehört, erst Gewerkschafts-Mitglied sein muß, sein Eintritt also hier und da mit Geldopfern verknüpft ist, und man weiß ja genug, daß in dieser sowohl wie in ähnlicher Weise, die Großen eine Hauptschuld mittragen, weshalb sich viele zurück ziehen. Man muß den Beitritt deshalb so leicht wie möglich machen. So z. B. wird sich auch Jeder daran stoßen, wenn er 13 Wochen vorher Krankengeld bezahlen soll, ehe er bei vorkommenden Fällen auf Unterstützung rechnen kann.

Diese Abänderung theile ich den Mitgliedschaften mit, um darüber zu urtheilen; in den folgenden Paragraphen werden keine großen Abänderungen mehr nötig sein. Sie werden erst noch durchgenommen.

Wenn der neue Ausschuss in seine Funktion tritt, werden wir eine Zeit setzen, in welcher die Urabstimmung erfolgt sein muß.

Dann theile ich noch mit, daß ich am 12. d. in Helmstedt war und dort eine Mitgliedschaft gründete, der Bevollmächtigte heißt H. Adler, wohnt Ostendorf Nr. 6 bei Fischer, der Kassierer Paul Senf, Schulstraße bei Schünemann.

Collegen aller Orts! Rühret Euch! tretet ein in die Organisation, auf daß wir groß und stark werden und den wuchtigen Schlägen des Kapitals ein Halt bieten können.

Mit Gruß und Handschlag J. A.: E. Ludolph.

**Chemnitz, 23. October.** Abrechnung pro III. Quartal 1873. Einnahme: Bestand vom II. Quartal Thlr. 286 13 2, Schweinsfurth Thlr. 1 21, Bremen (noch vom II. Quartal) Thlr. 3, Schweinsfurth Thlr. — 21 3, Pforzheim (noch vom II. Quartal) Thlr. 7 16, Pirna Thlr. 4, Leipzig Thlr. 2 22 5, Chemnitz Thlr. 1 12, Landebut Thlr. 4 4, Stabe Thlr. 6 7, Gotha Thlr. 3 14 8, Elberfeld Thlr. 4 15, Braunschweig Thlr. 4 23 5, Bayreuth Thlr. 1 6, Regensburg Thlr. 2 11, Nürnberg Thlr. 30 6, Pforzheim Thlr. 1, Berlin Thlr. 2 20 5, Gießen Thlr. 1 10. Für Jinsen Thlr. 5 1 2. Summa Thlr. 374 15 2.

Ausgabe: An Georg Schäffel zur Generalversammlung Thlr. 12, zur Deckung der Delegationskosten an Wendt (Berlin) Thlr. 3, desgleichen an Wedt (Chemnitz) Thlr. 3 23, für eine halbe Mille Statuten zu falzen und zu leben Thlr. 1 15, für den „Volksstaat“ Thlr. 5, für 1000 Mitgliedsbücher zu drucken u. s. w. Thlr. 17 15, für 200 Stück Abrechnungs-Formulare, für Inserate in der „Ch. Fr. Presse“, Ausschussführung betreffend vom 1. Januar an Thlr. 1, für 1000 Mitgliedsbücher zu besten Thlr. 6, an A. Pattner den 4. Theil der Delegationskosten zur Generalvers. Thlr. 7 6 1, Gratifikation an den Hauptkassierer Thlr. 8, für zwei Annoncen im „Volksstaat“ Thlr. — 10, an G. Mittenberger in Gießen den 4. Theil der Delegationskosten Thlr. 4 13 4, an denselben für verlegtes Geld, Mandat nach Püttlich betr. Thlr. 16, an Baumann zur Generalversammlung, Agitation in Weimar betr. Thlr. 1 25, für eine Kiste zur Verpackung der Utensilien nach Braunschweig Thlr. — 10, für Porto der Postanweisung des Kassierers Thlr. 6 5; laut Buchauszug der Buchdruckerei von Schubert u. Co. waren im Januar 1873 für 2000 Stück Auftrufe irrtümlich Thlr. 4 20 gebucht, während dieselben Thlr. 5 20 kosteten, mithin ein Nachtrag von Thlr. 1, desgleichen waren 2000 Stück Statuten mit Thlr. 15 10 gebucht, während dieselben Thlr. 15 15 kosteten, mithin ebenfalls ein Nachtrag von Thlr. — 5, für Porto, Schreibmaterialien und Emballage des Geschäftsführers Thlr. 5 5 7. Summa Thlr. 86 13 7.

Einnahme: Thlr. 374 15 2, Ausgabe: Thlr. 86 13 7, bleibt Bestand: Thlr. 288 2 5.

Die Augsburger Mitgliedschaft hatte die Abrechnung eingefandt, diese wurde aber wieder retour gefandt zur besseren Nichtigstellung. Entschuldigt hat sich Frankfurt a. O., da es keine Abrechnung einsenden konnte. Ihren Pflichten sind bis zur Zeit noch nicht nachgekommen: Bremen, Fürth, Würzburg, Großenhain, Barmen, Bamberg und Halle a. S.

Ferner gebe ich noch bekannt, daß auch in Zwickau eine Mitgliedschaft in der Gründung begriffen ist.

Adresse des Geschäftsführers zu Braunschweig: F. Mumme, alte Waage Nr. 6, die des Vorsitzenden: E. Ludolph, Stecherstraße Nr. 20, 2 Tr., des Hauptkassierers: C. Wedt, Turnerstr. Nr. 8 Den 26. October geht die Hauptkassse an den Kassierer E. Wedt, sowie die Bücher und sämtliche Utensilien an den Geschäftsführer F. Mumme nach Braunschweig ab.

Mit sozial-demokratischem Gruß Herm. Wedt.

**Gewerkschaft der Maler, Lackirer und Vergolder.**

**Braunschweig, 24. October.** Der Ausschuss macht hiermit das Resultat der Urabstimmung über § 1, 5 und 6 des Statuts bekannt. § 1. Mit zwei Drittel Majorität das Wort „international“ gestrichen, so daß die Gewerkschaft jetzt abgetrennt den Namen führt: „Gewerkschaft der Maler, Lackirer und Vergolder.“ § 5 mit einfacher Majorität dahin verändert, daß statt 13 Wochen 8 Wochen und § 6 gleichfalls mit einfacher Majorität dahin geändert, daß statt 4 Wochen 8 Wochen gesetzt wird.

Der Nachtrag zum Statut wird binnen 8 Tagen gedruckt und den Bevollmächtigten mit den noch fehlenden Ortstempeln übersandt werden. Durch den Rücktritt des Bevollmächtigten für Dresden, Herrn J. Rosenbaum, ist dort eine Neuwahl notwendig geworden und Herr A. Schmidt hierzu gewählt und als solcher bestätigt. Die Adresse des neuen Bevollmächtigten ist A. Schmidt, Schützenstraße 9, II. Zugleich die Mittheilung, daß ich die Ge-

schäfte des Ausschusses wieder übernommen, und von jetzt ab alle Briefe an mich zu richten bitte.

Mit Gruß Theodor Rosenkranz, Derenburg-Zweite 3.

## Correspondenzen.

**Leipzig, 22. October.** Im Meeraner Stadtverordneten-Collegium haben unsere in der entschiedenen Majorität befindlichen Parteigenossen einen Antrag bezüglich der über Meerane verhängten Suspension des Versammlungsrechts angenommen, den wir verurtheilen müssen. Nach dem Bericht des „Cr.-V.- und V.“ wurde in der Sitzung vom 16. d. M. auf Antrag des Herrn Winkler folgender Antrag einstimmig angenommen: „Seit Monaten und zwar seit Monat Juni d. J. ist uns durch eine Kreisdirektionsverordnung das Vereins- und Versammlungsrecht entzogen worden; ob dies die hiesige Einwohnerschaft verschuldet, möchte wohl bezweifelt werden; da nun dieses Verbot immer noch auf unserm Orte lastet, sehe ich mich veranlaßt folgendes Gesuch resp. Antrag zu stellen: Das Collegium möge in seiner Gesamtheit ein Gesuch an das hohe Ministerium richten, worin dasselbe ersucht wird, die hiesigen Verhältnisse zu prüfen, damit wir wieder in unsere Rechte gelangen, und bitte, wenn mein Antrag Gehör findet, ihn einer Deputation zur Weiterbeförderung zu übermachen.“

Die Annahme dieses Antrags verräth sehr wenig männliche Entschiedenheit und geringes Bewußtsein von der Stellung, welche in diesem Falle der Vertretung einer Stadt gegen das willkürliche und parteiische Vorgehen der Zwickauer Kreisdirektion geziemt. Indem die Vertreter Meerane's das Ministerium ersuchen, die Verhältnisse zu prüfen, ob das Verbot des Vereins- und Versammlungsrechtes noch länger aufrecht zu erhalten sei, erkennen sie das Vorgehen der Zwickauer Kreisdirektion für berechtigt an und verlassen damit den einzigen Boden, der ihnen zukam, den Boden des Prinzips, auf Grund dessen sie unter Erneuerung ihres Protestes gegen das Verfahren der Zwickauer Kreisdirektion energisch die Zurückgabe ihres Rechts reklamieren mußten. Wenn das Volk in so schwächlicher und unwürdlicher Weise gegen die Vererbung von Rechten sich wehrt, wie es in dem vorliegenden Fall geschieht, darf es sich nicht wundern, wenn es von seinen Regierern mit Fußstapfen regaliert wird. Wer schlechte Behandlung sich gefallen läßt, ist gute nicht werth.

**Soburg, 23. Okt.** Am Freitag, den 17. ds., wurde uns das Vergnügen zu Theil, den seit kurzer Zeit seiner Haft entlassenen Parteigenossen Most in unserer Mitte begrüßen zu können. In einer eigens dazu anberaumten außerordentlichen Versammlung, welche sowohl von Mitgliedern als auch von Fremden ziemlich stark besucht war, hielt derselbe einen Vortrag über „Die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber den verschiedenen Parteien.“

Mit großer Klarheit und Verständlichkeit charakterisirte Redner den Zweck und die Bestrebungen der konservativen, ultramontanen als liberalen Partei. Er hob hervor, daß sämtliche nur darauf ausgingen, den Kleinbetrieb und hauptsächlich die Landleute unter ihr Banner zu bekommen, um sie bei Wahlen u. c. mit Erfolg benützen zu können.

Bei seinem Uebergang zur Sozialdemokratie nannte er die Partei noch jung und im Wachsen begriffen, machte die Anwesenden mit dem Ziel und den Bestrebungen derselben bekannt, erklärte mit großer Klarheit das Wort „Revolution“, wie es in der heutigen Bewegung zu verstehen sei und gab seinen Worten Nachdruck indem er versicherte, daß keine Macht der Erde die Gewalt hätte, der Bewegung der Sozialdemokratie Einhalt zu thun, möge der Versuch durch Auflösen von Vereinen oder Einkerkelung von Agitatoren, oder sonst wie gemacht werden, letzteren Versuch bezeichnete er sogar als für uns günstig, indem dadurch die, für die Arbeitersache sich krank und müde gemacht, Zeit zur Erholung bekämen.

Nach 2 1/2 stündiger Rede schloß derselbe seinen Vortrag mit der Aufforderung an die anwesenden Fremden, sich dem hiesigen Arbeiterverein und dadurch der sozial-demokratischen Partei anzuschließen und standhaft einzutreten für die Prinzipien derselben und empfahl ferner noch mit großer Wärme das Lesen und Halten des „Volksstaat“.

**Leipzig, 25. Okt.** In einer gestern Abend im Leipziger Saale stattgehabten öffentlichen Buchbinderversammlung wurde zur Kenntniß gebracht, daß die Buchbindereibesitzer laut Versammlungsbeschluss sämtlichen Vertrauensmännern kündigen wollten. Es wurde beschlossen, diese auf die Sprengung des Vereins hinielende Maßregel mit einer allgemeinen Kündigung seitens der Vereinsmitglieder zu beantworten. — Das heutige „Leipziger Tageblatt“ meldet, daß die Buchbindereibesitzer auf Antrag ihrer Commission beschlossen hätten, mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß der Vorsitzende des Schiffsvereins, Herr Richter, in Leipzig keine Arbeit mehr bekomme. Motivirt wird dieser kindische Beschluss damit, daß, so lange Richters Triften gesichert sei, derselbe auch nicht aufhören werde zu wählen. Nun die hiesigen Buchbindergehilfen werden durch standhaftes Ausbleiben beweisen, daß die Noth und nicht „Wählerei“ des Herrn Richter es war, die sie die Lohnerhöhung zu fordern zwang. Dabei ist wohl zu bedenken, daß die Schiffsen zu wiederholten Malen den Weg der Unterhandlung betreten wollten, von den Prinzipalen aber stets schändlich zurückgewiesen wurden.

Julius Ferdinand Dreisel war allezeit ein treuer Parteigenosse. Ohne Redner zu sein war er stets thätig, wenn es irgend galt, für die Partei zu agitieren, bei den Wahlen Stimmen zu werben und die Schläfrigen aufzumuntern, ihre Pflicht zu thun. Auch war er stets einer der Ersten, wenn es galt, einen Sammelbogen zur Hand zu nehmen, um denselben zu irgend welcher Unterstützung circularen zu lassen. Leider ist unser Dreisel aber schon seit 2 Jahren krank und dadurch gegenwärtig in eine sehr traurige und hilflosbedürftige Lage gekommen. Weber von Profession und Familienvater in der jetzigen theuren Zeit will schon Alles sagen. Rechnen wir dazu eine unheilbare Krankheit, welche ihn unfähig zu jeder Arbeit macht, so ist die Hilfsbedürftigkeit konstatirt, wir brauchen nichts mehr hinzuzufügen.

Dreisel litt an einer Halsgeschwulst und wurde Ende 1871 im Johanneospital zu Leipzig operirt. Obgleich er seit jener Operation ein entstelltes Gesicht hat, ist er darum nicht genesen, im Gegentheil, die Geschwulst kehrte wieder und hat den ganzen Kopf schon so sehr eingenommen, daß infolge dessen nach ärztlichem Gutachten das eine Auge bereits ganz verloren ist und Dreisel einer zweiten Operation gewärtig sein muß.

Alle Parteigenossen von hier und anderswärts, welche sich des Unglücklichen annehmen wollen, mögen sich wenden an den Vertrauensmann Emil Petermann, Böhrnerstraße Nr. 217 in Meerane.

## Briefkasten

der Redaction. Insch in Berlin: Wir müssen Ihrem Artikel vorläufig noch den Abdruck versagen. Näheres freistich. Druck in Augsburg: Besten Dank. Ill in München: Wir senden Ihr Schreiben dem Ausschuss ein.

der Expedition. Ohne Bresslau: Ann. in Nr. 103 kostet 10 Gr. J. Antle Altona: Wollen Sie freundlichst die Annoncenreklamen in Nr. 87 nachsehen. Von Rumm hier: Schr. 4 Gr. Herr Nürnberg: Schr. Thlr. 1. 10. 3. Schlj hier: Schr. 20 Gr. Schneidbergewerkschaft Chemnitz: Ann. 10 Gr. Wsch Burgthdt: Schr. Thlr. 1. 10. Rumm in Cassel: Schr. Thlr. 2. 10. 5. Dr. Sauffhela: Schr. 5 Gr. Jrsch Berka: Schr. 6 Gr. Hsbm Großenhain: Schr. 9 Gr. Schol Wien: Schr. Thlr. 1. 12. B. Schr Reudorf: Schr. Thlr. 1. 15. Bsdw Schwelm: Schr. Gr. 16. 5. Wf Behlau: Schr. Gr. 7. 8. J. Schr Mainz: Schr. Thlr. 5. 4. 2. Ernst Eisenach: Schr. 2 Thlr. Ende Leipzig: Schr. 9 Gr. Sdlbrg hier: Schr. 4 Gr., Wsh. Schr. Gr. 20. 5. Krß hier: Schr. 8 Gr. Kryptur München: Schr. Thlr. 1. 5. 2. Dr. Jgr Speyer: Schr. Thlr. 2. 23. 4. J. Flder Solingen: Schr. 1 Thlr.

Fond für pol. Gemafregelte. Von G. Wagn Meiningen: 5 Gr.

Reichstagswahlfond. Für die Wahl Jacoby's in Berlin von der Holzarbeitergewerkschaft das. gesammelt Thlr. 2. 26. W. Babing.

Berichtigung. In Nr. 94 soll es nicht heißen: gesammelt durch Fischer, sondern geb. durch Windthorst in der Bonaischen Cigarrenfabrik. J. Chr. Hablich.

Berichtigung. Im ersten Absatz der „Politischen Uebersicht“ von Nr. 102 muß J. 4 v. u. das Wort: werden weggelassen (also: „wie überreizte Goldschreiber verrathen haben u. s. w.“) Ferner sei hier eines hiesigen Drucksehlers erwähnt, der sich in den Kalender eingeschlichen hat. Im Anfang der Schwelger'schen Erzählung muß es heißen: Kaiser Friedrich III. — Einen Kaiser „Wilhelm“, wie dort irrtümlich steht, kennt die deutsche Geschichte nicht, man mügte denn dem jetzigen König von Preußen als solchen betrachten.

**Augsburg** In der Filialexpedition, bei Unterzeichneten sind von heute ab die Volksstaatskalender, Postvertrahsprozess, 10. Heft, wie alle sozialistischen Schriften zu haben.

Die hiesigen Parteigenossen werden ersucht für die weiteste Verbreitung des „Volksstaat“ zu wirken. Das Abonnement ist im Voraus zu entrichten. Monatsabonnements werden angenommen, ebenso Einzelblätter abgegeben. Für die Filialexpedition Augsburgs: J. Enders, mittlerer Koch 361 C.

**Braunschweig** Allgemeiner Deutscher Schneider-Berein. Die Gewerkschafts-Versammlungen finden regelmäßig jeden Montag Abends von 8 Uhr ab auf der Herberge, Weberstraße statt. — Tagesordnung: 1) Fortsetzung in der Verhandlung über die Statuten der Central-Krankenkasse; 2) Verschiedenes.

NB. Der unentgeltliche Arbeits-Nachweis befindet sich Ebertstraße Nr. 48 bei Herrn Benke. E. Schäfer, Sec.

**Cöln** Den Parteigenossen Rheinlands und Westphalens bringen wir hiermit das am 1. October d. J. gewählte Agitations-Comité zur Kenntniß. Dasselbe besteht aus folgenden Personen:

Georg Schumacher, Gustav Heinrichs, Friedr. Klaffen-dorf, Jean Kröger, Johann Hölzer.

Da der Bericht über die Verhandlungen der Ronsdorfer Konferenz vom 21. September nicht ausgenommen wurde, so sehen wir uns veranlaßt, denselben schriftlich per Circular an die Vertrauensmänner in Rheinland und Westphalen zu senden und bitten wir daher die Parteigenossen der betr. Orte, uns die noch bis jetzt unbekannteten Adressen der Vertrauensmänner anzuzeigen, damit eine geregelte Verbindung hergestellt werden kann. Alle Correspondenzen wolle man gefälligst an den Unterzeichneten einschicken.

Brudergruß und Handschlag J. A.: Gustav Heinrichs, Thiedolsbergasse 88.

**Großschodder** Freitag, den 31. October, Nachmittags punkt 4 Uhr: **Bolsversammlung**

in Gröhner's Gasthof. — T.-D.: Die Reichstagswahlen und die hohen Steuern.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet ein Das Comité.

**Leipzig** Freitag, den 31. Okt. 1873, Abends präcise 8 Uhr, bei Feidler gr. Windmühlenstraße 7. T.-D.: Fortsetzung des Vortrags über Prostitution von Belg. Soz.-pol. Bspendrecht. Ref.: Stefani. Der Vorstand.

Mittwoch, den 29. Okt., Abends punkt 8 Uhr: **Vorstandssitzung**

bei Winkler, II. Windmühlenstraße 10. W. Finl 1. Vorsitzender.

**Leipzig** Donnerstag, den 30. Okt., Abends 8 Uhr, Versammlung bei Winkler, II. Windmühlenstraße. D. St.

**Leipzig** Sonntag: 1—3 Uhr Zeichnen. Montag: Gesang Turnen, Stenographie, Rechnen. Dienstag: Deutsche, englische und französische Sprache; Schön schreiben. Mittwoch: Diskussion oder Vortrag. Donnerstag: Gesang, Stenographie, Turnen, franz. Sprache. Freitag: Buchführung, engl. Sprache, Beschäftigung. Sonnabend: Vortrag oder Diskussion. [w]

**Leipzig** Zur Beachtung für Töpfer. Den 14. September bis 3. haben wir unser unentgeltliches Arbeitsnachweis-Bureau Reudorfstr. 11, bei Herrn Hüfner, eröffnet. Dasselbe ist gleichzeitig die Herberge und wird dort die Reiseunterstützung ausgezahlt. [w] Emil Hüfner, Vors.

**Luckenwalde** Sonnabend, den 1. noember, großes Arbeiterverbrüderungsfest im Th. Schul'schen Local.

Anfang Abends 8 Uhr. Woju Parteigenossen und Freunde der Arbeitersache von nah und fern herzlich eingeladen sind. Jedemfalls erwarten wir, daß die Parteigenossen von Altendog, Dapme, Treuenbrüggen und Berlin zahlreich erscheinen. Das Festcomité.

**Mannheim** Allen Parteigenossen hiermit zur Kenntniß, daß unser Local, in dem wir jeden Sonntag Abend gemüthliche Zusammenkünfte haben, in der „weißen Laube“, T. 1 9 sich befindet. Dasselbe befindet sich auch der Bekehr. Sämtlicher Gewerkschaften. Der Vertrauensmann. [w]

**Mainz** Die Reklamen des „Volksstaat“ werden hiermit aufgefördert innerhalb 8 Tagen, vom heutigen an gerechnet, zu zahlen, widrigenfalls die Reklamen derselben ohne Rücksicht auf Verweigerung werden. Die Nachlässigkeit im Zahlen macht es unbedingt notwendig, daß das Abonnement im Voraus bezahlt wird. Wer bei den dritten Platte nicht bezahlt hat, kann dasselbe nicht weiter erhalten. J. Schäfer.

Leipzig: Berantw. Redakteur: Casper. (Redaktion und Expedition Zeigerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.